



1000 BRÜSSEL

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6

Tel. 02/210.10.11

18-06-1990

An den Herrn Minister für das
Post- und Fernmeldewesen

56, rue de la Loi - Wetstraat

1040

BRÜSSEL

II/Schreiben vom

II/Ref.

U/Ref.
19.235/II/PD
AR/MTV

Beilagen

Betreff : Anwendung der koordinierten Sprachengesetze durch die Postregie
im Deutschsprachigen Gebiet.

Sehr geehrter Herr Minister,

die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat in ihrer Sitzung vom 22. März 1990 verschiedene Klagen untersucht, die von Beamten der Postregie des Deutschsprachigen Gebietes eingereicht worden sind und sich auf die Anwendung der koordinierten Sprachengesetze am Arbeitsplatz der besagten Beamten beziehen. Die Kläger machen insbesondere geltend, dass die Postregie bewusst das von der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle abgegebene Gutachten Nr. 19.235/II/PD vom 10. November 1988 ignoriert, das Ihnen am 23. März 1989 durch die Post zugestellt wurde. (Eine Kopie dieses Gutachtens liegt bei).

In diesem Gutachten verurteilt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle eindeutig die Tatsache, dass die Postregie (Zentralverwaltung und Lütticher Regionaldirektion) in ihren Beziehungen zu ihrem deutschsprachigen Personal von der französischen Sprache Gebrauch macht.

Diesbezüglich ist der erste Punkt des oben angeführten Gutachtens sowie die Bemerkung allgemeiner Art zu beachten :
"Dem deutschsprachigen Personal darf nicht das Recht aberkannt werden, von der Lütticher Regionaldirektion der Postregie in deutscher Sprache angesprochen zu werden, die ein Regionaldienst ist im Sinne von Artikel 36, § 1 der koordinierten Sprachengesetze (siehe Artikel 36, § 1, 2°). Es obliegt der Regie, ihre Dienste dementsprechend zu organisieren oder den Privatsektor dazu in Anspruch zu nehmen".

.../...

Obschon die Postregie den Status einer Rechtsperson besitzt und eine gewisse technische Autonomie hat, untersteht sie als Organismus, der dem Artikel 1, A des Gesetzes vom 16. März 1954 untergeordnet ist, Ihnen in der Verwaltung des Personals.

Aus diesem Grund bittet Sie die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle, umgehend die Postregie zu ersuchen, sich nach den koordinierten Sprachengesetzen, die Gesetze öffentlicher Ordnung sind, zu richten.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat darüber hinaus bemerkt, dass das Lütticher Berufungsgericht in einem Urteil vom 1. Dezember 1989 in einstweiliger Verfügung die zumindest scheinbare Rechtswidrigkeit der Versetzungsbefehle festgestellt hat, die von der Zentralverwaltung der Postregie in französischer Sprache verfasst worden sind und deutschsprachige Beamte betreffen; diese scheinbare Rechtswidrigkeit geht aus einer Reihe von Motiven hervor, die das Berufungsgericht ausdrücklich in seinem Urteil dargelegt hat.

Hochachtungsvoll,

DER PRÄSIDENT

A. VAN CAUWELAERT-DE WYELS